



Rückblick und Ausblick in Zeiten der „Coronakrise“

2020

Österreich im Fokus

UNICREDIT
BANK AUSTRIA
ECONOMICS &
MARKET ANALYSIS
AUSTRIA

Internationales Umfeld

	Prognose			
	2018	2019	2020	2021
<i>(BIP, Vrdg. in %)</i>				
Eurozone	1,8	1,2	-8,0	5,0
Deutschland	1,3	0,6	-5,2	4,8
Frankreich	1,8	1,5	-10,3	6,0
Italien	0,9	0,3	-10,0	4,7
Spanien	2,4	2,0	-14,5	5,2
UK	1,3	1,4	-9,6	6,3
USA	3,0	2,2	-3,6	2,9
Japan	0,3	0,7	-5,8	2,0
	2016	2017	2018	2019
<i>(Jahresdurchschnitt)</i>				
USD per Euro	1,11	1,13	1,18	1,12
CHF per Euro	1,09	1,11	1,15	1,11
GBP per Euro	0,82	0,88	0,88	0,88
JPY per Euro	120,3	126,7	130,4	122,1
Öl (USD/barrel)	45	55	72	64
10-jährige Bund (Ö)	0,37	0,56	0,69	0,05
3-Monats-Euribor	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36

Quelle: UniCredit Research

Am Anfang des Weges aus der „Coronakrise“

	2018	2019	2020	Rev.1)	2021	Rev.1)
BIP-Wachstum (real in %)	2,4	1,6	-6,3	↗	5,0	↘
Inflation (VPI in %)	2,0	1,5	1,4	↗	1,6	↘
Arbeitslosenquote (in %)	7,7	7,4	10,0	↘	8,8	↗

1) Revision seit dem letzten Bericht

■ „Coronakrise“ verursacht schwere Rezession im ersten Halbjahr 2020 – Erholung hat bereits begonnen

Infolge der Pandemie ist die Wirtschaftsleistung in Österreich im ersten Halbjahr 2020 um rund 9% im Jahresvergleich gesunken. Durch den relativ kurzen Shutdown und die darauf folgende rasche Öffnung der Wirtschaft waren die wirtschaftlichen Einbußen in Österreich etwas geringer als wir ursprünglich angenommen haben. Die fiskal- und geldpolitischen Unterstützungsmaßnahmen haben erwartungsgemäß die Grundlage für eine starke Belebung der Wirtschaft im dritten Quartal geschaffen. Wir haben daher unsere BIP-Prognose für 2020 auf -6,3% angehoben. Damit wird der Rückgang der Wirtschaftsleistung 2020 jedoch deutlich höher ausfallen als während der Finanzkrise.

■ Rebound 2021 erwartet – Österreichs Wirtschaftsleistung erreicht Vorkrisenniveau aber voraussichtlich erst Anfang 2022

Der leichte Teil der Rückkehr zu alter wirtschaftlicher Stärke ist mittlerweile weitgehend erledigt. Die jüngsten Stimmungsindikatoren und realwirtschaftliche Daten weisen auf Gegenwind hin. Wir sind hinsichtlich des Tempos der Erholung ab dem Jahreswechsel 2020/21 vorsichtiger geworden. Zum einen besteht wegen des schwächeren Wirtschaftseinbruchs weniger Spielraum beim Aufschwung und zum anderen ist die Zahl der Neuinfektionen früher als erwartet wieder gestiegen. Wir haben unsere Wachstumsprognose für 2021 auf 5% gesenkt. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass es zwar zu keinem nationalen Lockdown kommt, jedoch zumindest bis zum Frühjahr 2021 mit lokalen Beschränkungen zu rechnen sein wird.

■ Höhepunkt der krisenbedingten Arbeitslosigkeit überschritten – Verbesserungstendenz verliert jedoch rasch an Tempo

Nach dem raschen Anstieg der Arbeitslosenquote während des Shutdown auf ein Allzeithoch von fast 13% hat mit der Öffnung der Wirtschaft eine Entspannung der Lage eingesetzt, die sich jedoch bereits spürbar verlangsamt hat. Der weitere Rückgang der Arbeitslosenquote wird sich schwierig gestalten, zumal viele Branchen durch die Pandemiemaßnahmen weiterhin wirtschaftlich belastet sind. Bei einigen Unternehmen wird das Kurzarbeitsprogramm als Überbrückungshilfe der „Coronakrise“ nicht ausreichen, sodass mit Betriebsschließungen und Personalabbau gerechnet werden muss. Der laufende Verbesserungstrend am österreichischen Arbeitsmarkt wird in den kommenden Monaten daher weiter an Tempo verlieren. Nach durchschnittlich 10% im Jahr 2020 erwarten wir für das kommende Jahr eine Arbeitslosenquote von noch 8,8%. Damit wird die Arbeitslosenquote 2021 noch deutlich höher sein als vor dem Ausbruch der „Coronakrise“.

■ Deutlicher Inflationsrückgang im 1. Halbjahr 2020 – Nachfrageausfall und niedriger Ölpreis dämpfen Teuerung vorerst weiter

Im Verlauf des ersten Halbjahrs 2020 ist die Inflation bedingt durch den Nachfrageausfall durch die Pandemie nach Werten über der 2%-Marke zu Jahresbeginn zuerst klar gesunken, so dass sich ein durchschnittlicher Wert von 1,5% im Jahresvergleich ergab. Mit Beginn des zweiten Halbjahrs stieg die Teuerung in Österreich allerdings wieder an. Vor allem in von der Krise besonders betroffenen Bereichen, wie dem Handel, den Bewirtungsdienstleistungen und der Freizeitwirtschaft, kam es kaum zu der erwarteten Inflationsdämpfung.

Autor: Walter Pudschedl

Impressum

Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
 UniCredit Bank Austria AG
 Economics & Market Analysis Austria
 Rothschildplatz 1
 1020 Wien
 Telefon +43 (0)50505-41957, 41953, 41954
 Fax +43 (0)50505-41050
 E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: Oktober 2020

Stattdessen wurden zusätzliche Kosten etwa durch Hygienemaßnahmen auf die Preise überwältigt. In den kommenden Monaten wird die Inflation im Spannungsfeld zwischen einerseits dem niedrigen Ölpreis und dem Nachfrageausfall sowie andererseits den höheren Kosten durch die „Coronakrise“ bestimmt werden. Wir gehen davon aus, dass sich die Teuerung bis zum Jahresende relativ stabil um 1,5% bewegen wird und haben unsere Erwartung für den Jahresdurchschnitt 2020 auf 1,4% angehoben. Der dämpfende Effekt durch den Ölpreis wird spätestens im Frühjahr 2021 enden. Wir erwarten daher einen moderaten Anstieg der Teuerung im Jahresdurchschnitt 2021 auf 1,6%.

■ **EZB setzt lockere Geldpolitik fort – Keine Zinsänderungen erwartet**

Da sich die Inflation im Euroraum bis zum Jahresende 2020 um die Nulllinie bewegen dürfte, wird die Europäische Zentralbank ihren expansiven geldpolitischen Kurs fortsetzen. Die niedrigen Inflationserwartungen und das Risiko einer weiteren Aufwertung des Euro dürften zu einer Aufstockung des Notfallkaufprogramms PEPP der EZB führen. Wir gehen von einer Ausweitung um 500 Mrd. Euro bis Ende 2021 aus. Eine Zinssenkung erwarten wir aus heutiger Sicht jedoch nicht.

■ **Trendwende in der Fiskalpolitik – Hohe Budgetdefizite 2020 und 2021 lassen Gesamtverschuldung steigen**

Die Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des Lockdown sowie der Einnahmefall durch den wirtschaftlichen Einbruch werden 2020 ein Budgetdefizit von rund 10% des BIP verursachen. Damit steigt die öffentliche Verschuldung erstmals seit vier Jahren wieder an. Auch für 2021 ist von einem Budgetdefizit auszugehen, welches wir jedoch mit knapp über 4% des BIP deutlich geringer erwarten als 2020. Der Fokus in der Fiskalpolitik wird dabei analog zum europäischen Aufbauplan „Next Generation EU“ zunehmend auf Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums gelegt werden.

Konjunktur im Überblick

	2008	2009	2016	2017	2018	2019	Prognose UCBA	
							2020	2021
<i>(Reale Veränderung in %)</i>								
BIP	1,5	-3,8	2,0	2,4	2,6	1,4	-6,3	5,0
Privater Konsum	0,9	0,9	1,5	1,9	1,1	0,8	-6,8	6,7
Öff. Konsum	3,7	2,5	1,8	0,9	1,2	1,5	1,3	1,6
B. Investitionen *)	1,6	-7,2	4,3	4,1	3,9	4,0	-4,2	5,1
davon Ausrüstung	2,7	-11,2	9,5	7,3	3,2	4,7	-5,3	6,0
davon Bau	0,4	-7,9	0,3	2,5	3,6	3,6	-3,0	4,0
Exporte i.w.S.	2,2	-14,4	3,0	4,9	5,5	2,9	-9,7	5,3
Importe i.w.S.	1,0	-11,9	3,7	5,3	5,0	2,3	-8,9	4,0
VPI (Veränderung z. Vorjahr)	3,2	0,5	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	1,6
HVPI (Veränderung z. Vorjahr)	3,2	0,4	1,0	2,2	2,1	1,5	1,3	1,5
Sparquote (in %)	12,4	11,4	7,7	7,3	7,7	8,3	8,3	6,7
Leistungsbilanz (Mrd. Euro)	13,8	7,5	9,7	5,7	9,0	10,5	5,0	8,0
Leistungsbilanz (in % BIP)	4,7	2,6	2,7	1,6	2,3	2,6	1,3	2,0
Beschäftigung (in Tausend) **)	3.283	3.234	3.502	3.573	3.661	3.720	3.642	3.695
Beschäftigung (Veränderung zum Vorjahr)	1,7	-1,5	1,6	2,0	2,5	1,6	-2,1	1,5
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	5,9	7,2	9,1	8,5	7,7	7,4	10,0	8,8
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	4,1	5,3	6,0	5,5	4,9	4,5	5,0	5,2
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt in Tausend)	212	260	357	340	312	301	415	365
Öffentlicher Saldo (in % des BIP)	-1,5	-5,3	-1,5	-0,8	0,2	0,7	-10,0	-4,2
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	68,7	79,9	82,8	78,5	74,0	70,5	83,9	82,9
BIP nominell (Mrd. Euro)	294	288	358	369	385	398	377,8	402,6

*) Exkl. Vorratsänderungen **) ohne Karrenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen

Quelle: Statistik Austria, OeNB, UniCredit Research

Die österreichische Wirtschaft auf dem Weg aus der „Coronakrise“

- Abruptes Ende der Konjunkturstabilisierung um den Jahreswechsel 2019/20 durch die „Coronakrise“
- Der Shutdown und anhaltende Beschränkungen zur Pandemieeindämmung verursachten die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg mit einem Rückgang des BIP um etwa 9% im Jahresvergleich im ersten Halbjahr 2020
- Die österreichische Wirtschaft sollte die unmittelbar nach dem Shutdown gestartete Erholung im zweiten Halbjahr 2020 fortsetzen können, doch eine zurückhaltende Nachfrageentwicklung wird das Tempo verlangsamen
- Wir gehen von einem Rückgang des BIP im Gesamtjahr 2020 von insgesamt 6,3% aus
- Die Fortsetzung des Aufholprozesses bringt 2021 ein kräftiges Wirtschaftswachstum um 5%, doch die Einbußen durch die Krise können damit nicht vollständig ausgeglichen werden
- Im Fokus: Die Gewinner und Verlierer der „Coronakrise“

Abschwächung des Wirtschaftswachstums 2019 auf 1,6% im Jahresdurchschnitt

Die Ausbreitung der Pandemie verursachte eine globale Rezession und einen Rückgang des BIP in Österreich im ersten Halbjahr 2020 um fast 8% im Jahresvergleich

Internationale Konjunktur belastete Wirtschaftsdynamik 2019 in Österreich

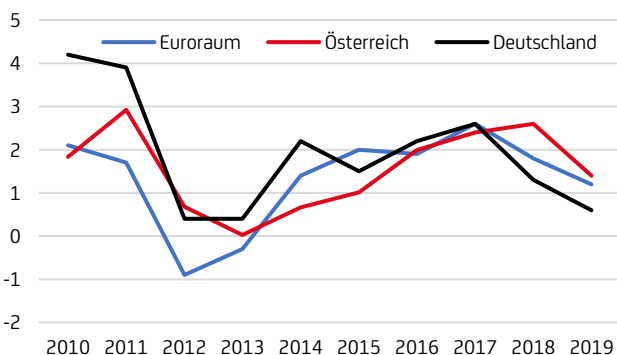
Durch die Abschwächung der internationalen Konjunktur verlor die österreichische Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2019 an Schwung. Aufgrund der kräftigen Inlandsnachfrage verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 2019 jedoch nur auf 1,4%. Damit konnte die österreichische Wirtschaft das zweite Jahr in Folge ein höheres Wirtschaftswachstum verzeichnen als der Euroraum und das Nachbarland Deutschland.

Zu Beginn 2020 hatte sich die Konjunkturstimmung in Österreich erstmals seit Monaten aufgehellt und der Abwärtstrend der Konjunktur in Österreich des Jahres 2019 stoppte unterstützt durch ein günstigeres Exportumfeld. Der robuste Arbeitsmarkt und der anhaltende Optimismus der Konsumenten sorgten für hohe Umsätze im Einzelhandel. Der Boden für eine positive Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal 2020 schien bereitet. Die globale Ausbreitung des Corona-Virus und die folgenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führten jedoch abrupt in eine tiefe Rezession der österreichischen Wirtschaft. Die Verhängung des Shutdown ab Mitte März ließ die Wirtschaftsleistung schlagartig so stark absinken, dass das BIP trotz des vielversprechenden Jahresbeginns im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal noch um 2,5% zurückging. Trotz der Lockerungsschritte ab Ostern hat sich die volle Wucht des Wirtschaftseinbruchs durch die „Coronakrise“ erwartungsgemäß erst im zweiten Quartal gezeigt. Die Wirtschaftsleistung sank um 12,1% gegenüber dem Vorquartal.

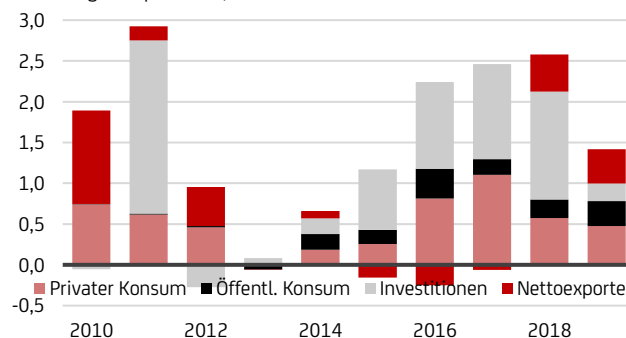
Obwohl nach dem Tiefpunkt im April rasch eine anfangs auch sehr kräftige Erholung eingesetzt hat, ist die österreichische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2020 um durchschnittlich 9% im Jahresvergleich geschrumpft.

2019 ERNEUT HÖHERE WACHSTUMSDYNAMIK ALS IM EURORAUM UND DEUTSCHLAND TROTZ VERLANGSAMUNG

Wirtschaftswachstum im Vergleich
(reale Veränderung des BIP zum Vorjahr in %)



Wirtschaftswachstum
(BIP-Veränderung in % und Anteil der Nachfragekomponenten)



Quelle: Statistik Austria, EU-Kommission, UniCredit Research

Nach hoher Dynamik 2019 und Anfang 2020 bremst der Shutdown ab Mitte März den Konsum in Österreich aus

Trotz Erholung in der zweiten Jahreshälfte wird der Konsum 2020 insgesamt stark sinken

Inlandsnachfrage von „Coronakrise“ stark betroffen

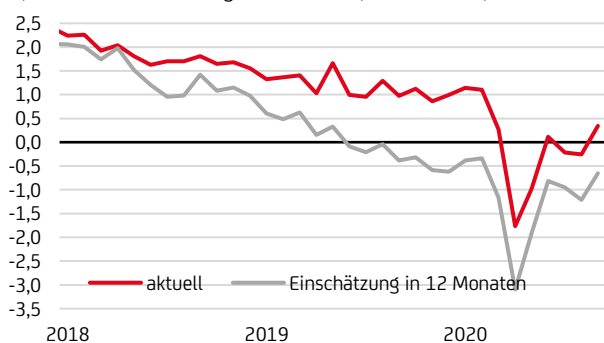
Die Stärke der Inlandsnachfrage hat 2019 einen wichtigen Beitrag zur Abfederung der vom Außenhandel verursachten Wachstumsverlangsamung in Österreich geliefert, wenn sich auch das Wachstum des privaten Konsums 2019 auf 0,8% im Jahresvergleich verlangsamte. Hingegen unterstützte der Einzelhandel, der rund ein Drittel des privaten Konsums ausmacht, im Jahr 2019 mit einem Anstieg um real 1,2% deutlich stärker als im Vorjahr. Dieser positive Trend wurde 2019 durch die günstige Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt unterstützt. Die Beschäftigung stieg im Jahresdurchschnitt um immerhin 1,5%. Über 55.000 zusätzliche Jobs sind entstanden. Das knappere Angebot am Arbeitsmarkt, das sich in einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,4% niederschlug, beschleunigte die Lohndynamik. Die Tariflöhne stiegen im Jahresdurchschnitt 2019 sogar um 3% im Jahresvergleich. Damit ergab sich angesichts einer auf 1,5% im Jahresdurchschnitt gesunkenen Inflationsrate ein spürbarer Anstieg der Reallöhne, der höchste seit einem Jahrzehnt. Darüber hinaus führten fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Einführung des Familienbonus Plus sowie ein Steuerabsetzbetrag von 1.500 Euro pro Kind und Jahr, Anfang 2019 zu Impulsen für den Konsum. Während der Kfz-Handel angesichts einer Verringerung der Neuzulassungen um 1,8% gegenüber dem Vorjahr bremste, sorgte eine ausgezeichnete Tourismussaison für weitere Unterstützung für den Konsum. Die Anzahl der Übernachtungen stieg 2019 um fast 2% im Jahresvergleich auf einen neuen Rekordwert von 152,7 Millionen.

Im Laufe des Jahres 2019 begann sich allmählich die Stimmung der Verbraucher zu verschlechtern. Dennoch legte der private Konsum noch einen guten Start ins Jahr 2020 hin, unterstützt durch positive Tourismuszahlen und der vom Wetter begünstigten weiterhin vorteilhaften Lage am Arbeitsmarkt, die sich in hohen Umsätzen im Einzelhandel widerspiegelte. Der Ausbruch des Corona-Virus und dessen Verbreitung in europäischen Ländern und schließlich auch in Österreich löste scharfe Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie aus. Mitte März wurde in Österreich ein Shutdown verfügt. Die Geschäftsschließungen schränkten die Konsummöglichkeiten abrupt ein und lösten noch im ersten Quartal einen starken Rückgang des privaten Konsums aus, der sich im zweiten Quartal noch verschärfte. Insgesamt kam es im ersten Halbjahr 2020 zu einem Einbruch des privaten Konsums um mehr als 10% real im Jahresvergleich.

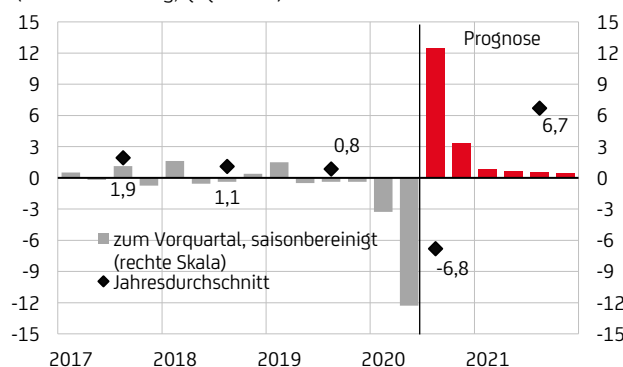
Mit der allmählichen Lockerung der Maßnahmen schwenkte schon vor Beginn der zweiten Jahreshälfte 2020 der Konsum wieder auf Wachstumskurs ein. Die anfangs stark von Nachholeffekten geprägte Dynamik flaute jedoch in weiterer Folge ab. Im zweiten Halbjahr wird der private Konsum zwar deutlich expandieren, doch die hohe wirtschaftliche Unsicherheit, die Anspannung am Arbeitsmarkt und weiter bestehende Beschränkungen etwa für Beherbergungs- und Bewirtungsbetriebe sowie andere Freizeit- und Kulturdienstleistungen werden das Konsumwachstum begrenzen. 2020 insgesamt wird der private Konsum daher deutliche Einbußen verzeichnen. 2021 ist trotz anhaltender Beschränkungen, die dem Konsum weiter Wind aus den Segeln nehmen werden, unterstützt durch spürbare fiskalische Impulse mit einer klaren Erholung nach dem Einbruch zu rechnen.

PRIVATER KONSUM IN DER „CORONAKRISE“ STARK EINGEBROCHEN, UNSICHERHEIT BESTIMMT DIE WEITERE ERHOLUNG

Konsumentenstimmung in Österreich
(aktuell und Einschätzung in 12 Monaten, standardisiert)



Privater Konsum
(reale Veränderung, Q/Q und J/J)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Unsicherheit begrenzt Erholung der Investitionen aus dem Coronatief

2019 brachte ein weiteres Jahr mit außergewöhnlich starker Investitionsdynamik in Österreich. Trotz des schwächeren internationalen Umfelds erhöhte sich der Bedarf an Erweiterungsinvestitionen in Ausrüstungen sowie auch an Bauinvestitionen von Unternehmerseite. Auch der Ausbau der Infrastruktur durch die öffentliche Hand blieb dynamisch. Die Bauinvestitionen legten 2019 erneut um 3,6% zu (2018: 3,6%), gestützt auch auf den Wohnbau der deutlich an Schwung gewann. Die Wohnbauinvestitionen stiegen um 3,4%. Die Ausrüstungsinvestitionen konnten bei steigendem Tempo 2019 sogar um 4,7% zulegen. In fast allen Teilkategorien war die Beschleunigung spürbar, bei Fahrzeugen war mit einem Plus um 7,9% der stärkste Anstieg der Investitionsnachfrage zu verzeichnen.

Die Investitionsnachfrage wurde im ersten Halbjahr 2020 gleich zu Beginn durch die Auswirkungen der einsetzenden „Coronakrise“ in China auf die exportorientierten Bereiche der österreichischen Wirtschaft beeinträchtigt. Die erhöhte Unsicherheit durch Betriebsschließungen in China und die Unterbrechung der Lieferketten ließ die Investitionsbereitschaft abrupt sinken. Bereits im ersten Quartal kam es zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit, insbesondere bei Ausrüstungsinvestitionen. Vor allem bei kurzfristig entscheidbaren Investitionen, wie dem Ankauf von Fahrzeugen haben die Unternehmer rasch reagiert. Mit dem Überschwappen der „Coronakrise“ auf Österreich und der Verhängung des Shutdown ab Mitte März griff die Investitionsschwäche dann auch stärker auf den Bausektor über. Mit den ersten Lockerungsmaßnahmen setzte jedoch gerade in diesem Sektor rasch eine kräftige Erholung ein, während die Ausrüstungsinvestitionen bisher noch kaum in Schwung gekommen sind. Insgesamt ergab sich im zweiten Quartal ein noch weit stärkerer Einbruch der Investitionsnachfrage als zu Jahresbeginn. Im ersten Halbjahr 2020 verringerten sich die Investitionen um fast 7% real im Jahresvergleich.

Die Erholung der Bauinvestitionen wird sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Die Auftragsbücher waren vor dem Shutdown gut gefüllt. Zudem ist im Rahmen von konjunkturstützenden Maßnahmen der öffentlichen Hand mit zusätzlichen Aufträgen zu rechnen. Insbesondere der Wohnbau könnte als Ziel solcher Maßnahmen stark expandieren. Auch Teile des Tiefbaus, wie der Straßen- und Leitungsbau könnten von höheren öffentlichen Investitionen profitieren. Dem steht nach der Umsetzung einiger Nachholprojekte ein voraussichtlich zurückhaltenderes Erholungstempo der Unternehmensinvestitionen gegenüber. Die Kapazitätsauslastung in der heimischen Wirtschaft ist während der „Coronakrise“ deutlich unter den langjährigen Durchschnitt gesunken. Hinzu kommt die bestehende Unsicherheit über den Verlauf der Pandemie, die zur Aufschiebung vieler Projekte führen wird. Dennoch rechnen wir in der zweiten Jahreshälfte 2020 mit einer kräftigen Erholung der Investitionen, die ab 2021 durch massive Konjunkturstützungsmaßnahmen auf nationaler und EU-Ebene unterstützt wird. Im Gesamtjahr 2020 wird sich dennoch ein deutlicher Rückgang im Jahresvergleich ergeben mit starker Gegenbewegung im Jahr 2021.

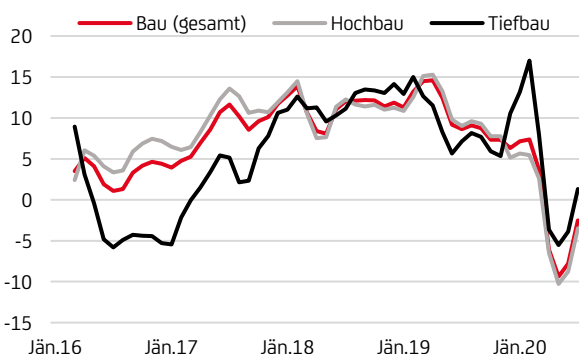
Stärkerer Investitionsdynamik 2019 mündete direkt in scharfem Einbruch während der „Coronakrise“

Erholung hat begonnen: Zurückhaltung bei Ausrüstungsinvestitionen, doch sehr gute Aussichten für die Bauinvestitionen

ABRUPTER EINBRUCH DER INVESTITIONEN, DOCH BAUWIRTSCHAFT KANN AN GUTE VORKRISENZEIT ANSCHLIESSEN

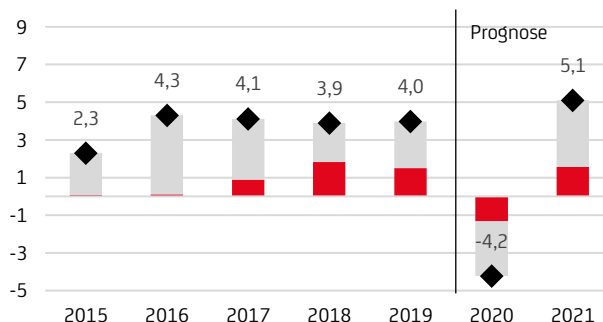
Umsatzindex Bauwesen

(Veränderung zum Vorjahr in %, 3-Monatsdurchschnitt)



Bruttoanlageinvestitionen

(Reale Veränderung zum Vorjahr in % mit Beiträgen von Ausrüstungen und Bauten)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Österreichs Wirtschaft stürzte mit Beginn des Lockdown Mitte März 2020 schlagartig in eine tiefe Rezession

Nach leichtem Rückgang des BIP im ersten Quartal wird sich das volle Ausmaß der Krise vor allem im zweiten Quartal 2020 zeigen

Silberstreifen am Außenhandelshorizont zur Jahresmitte

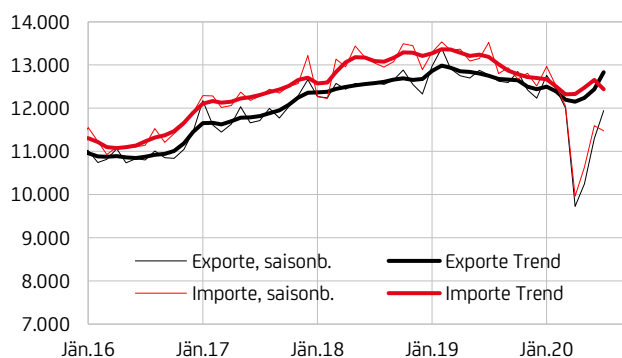
Der zunehmende Protektionismus im globalen Handel und die hohen politischen Unsicherheiten haben 2019 die Dynamik des globalen Handels stark belastet. Nach einem realen Anstieg um rund 3,5% im Jahr 2018 stagnierte 2019 die weltweite Nachfrage nur noch. Die ungünstigeren Rahmenbedingungen belasteten auch die österreichische Exportwirtschaft, die sich jedoch mit einem Anstieg der Exporte um 2,9% im Jahresvergleich gut behaupten konnte. Besonders stark reduzierte sich das Wachstum der Warenexporte (von 5,4% 2018 auf nur noch 2,1%). Aber auch die Dienstleistungsexporte nahmen trotz einer sehr guten Tourismussaison mit einem Einnahmenplus durch ausländische Gäste um nominell fast 5% auf 20,5 Mrd. Euro langsamer zu. Bei etwas weniger sinkenden Importen von 2,4% real im Jahresvergleich verringerte sich der Beitrag des Außenhandels zum Wachstum deutlich auf nur 0,2 Prozentpunkte.

Zu Beginn des Jahres 2020 deutete sich eine leichte Erholung im globalen Handel an, die jedoch bald durch die Auswirkungen des Ausbruchs der „Coronakrise“ in China umschlug. Die Unterbrechung der globalen Wertschöpfungsketten durch Betriebsschließungen und Quarantänemaßnahmen in China verursachten bereits im ersten Quartal 2020 einen spürbaren Rückgang der österreichischen Exporte, was sich anfangs stärker in der Entwicklung der Güterexporte niederschlug. Bedingt durch die Unterbrechung der Lieferketten kam es zu angebotsseitigen Problemen. Mit Beginn des Shutdown verstärkte sich der negative Trend der Exporte und wurde auch stärker durch die Dienstleistungskomponente getragen. Die Ursache der Außenhandelsprobleme verschob sich im Verlauf des ersten Halbjahrs immer stärker auf die Nachfrageseite. Im Durchschnitt sanken die Exporte im ersten Halbjahr 2020 um real 11,8% im Jahresvergleich. Der Rückgang der Importe fiel trotz des Einbruchs des Konsums und der Investitionstätigkeit mit 11,4% etwas geringer aus. Damit hat der Außenhandel im ersten Halbjahr auch zum Rückgang der Wirtschaftsleistung beigetragen.

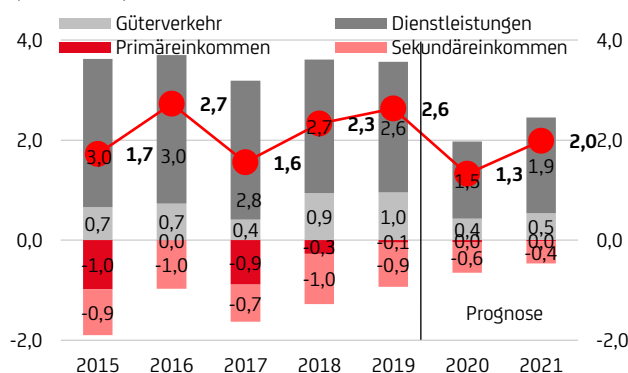
Zur Jahresmitte 2020 kam es ausgehend von China zu ersten positiven Signalen im Außenhandel. Der globale Handel konnte im Juni erstmals im laufenden Jahr im Vergleich zum Vormonat Zuwächse verzeichnen. In Österreich nahmen zum ersten Mal seit Jahresbeginn im August die Warenexportaufträge gemäß Umfrage unter den Einkaufsmanagern wieder leicht zu. Bereits etwas früher profitierten die Dienstleistungsexporte von den zumindest zwischenzeitlich aufgehobenen Reisebeschränkungen. Die globale Verbreitung des Coronavirus und die anhaltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie werden in den kommenden Monaten der Erholung des globalen Handels Grenzen setzen. Wir erwarten für den Güterverkehr zwar ein Anhalten eines moderaten Erholungstempos, dennoch werden im Gesamtjahr 2020 die Exporte hohe Einbußen verzeichnen. Die österreichischen Dienstleistungsexporte werden nicht nur unter der schwachen Güterdynamik leiden, sondern vor allem unter den Beschränkungen, die den Tourismus im Winter stark begrenzen werden. Frühestens der Sommertourismus 2021 wird unter Normalbedingungen ablaufen können. Insgesamt wird sich damit gegenüber 2020 zwar ein starkes Exportplus ergeben, wenn auch das Außenhandelsvolumen 2021 noch klar unter dem Vorkrisenniveau liegen wird.

Globale Rezession belastet Österreichs Exporte und verringert den Leistungsbilanzüberschuss

Außenhandelsentwicklung in Österreich
(Monatswerte, in Mio. Euro)



Leistungsbilanztrend
(in % des BIP)



Quelle: OeNB, Statistik Austria, UniCredit Research

Schritt für Schritt zu alter Stärke

Die österreichische Wirtschaft ist nach dem scharfen Einbruch mittlerweile wieder auf einen Wachstumskurs eingeschwenkt. Nach der anfangs relativ dynamischen Aufwärtsbewegung aus dem Shutdown zeigen sich im dritten Quartal aber zunehmend die Mühen der Ebene der Erholung. Nachdem die Bauwirtschaft früh und sehr rasch hochgefahren worden war, hat sich hier die beinahe überschießende Hochstimmung wieder gelegt. Nach dem zweiten Dämpfer in Folge herrscht am Bau jedoch weiterhin eine optimistische Grundstimmung vor. Auch die Stimmung der Konsumenten hat im Vergleich zum Vormonat wieder einen Rückschlag erlitten. Die hohe Unsicherheit in Hinblick auf die weitere Entwicklung der Pandemie und daraus folgend mögliche Einschränkungen für das Wirtschaftsleben mit negativen Konsequenzen auf den noch immer stark angespannten Arbeitsmarkt trüben den Ausblick. Während sich die Stimmung am Bau und der Konsumenten Ende des Sommers wieder verschlechtert hat, verstärkten sich jüngst die Signale einer Belebung der internationalen Konjunktur mit einer deutlichen Verbesserung des österreichischen Exportumfelds. Von diesem Rückenwind profitiert die heimische Industriestimmung bislang allerdings nur in kleinen Aufwärtsschritten. Dagegen hat die Lockerung der Maßnahmen gegen die Pandemie in einigen Dienstleistungsbranchen zunehmend für Hoffnung gesorgt. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator - unter anderem auf Basis dieser Stimmungswerte - hat im September zwar erneut zugelegt, liegt aber nur bei minus 0,9 Punkten. Er zeigt damit noch einen Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahresvergleich an. Zudem lässt der mittlerweile verlangsamte Verbesserungstrend darauf schließen, dass das Anfangstempo des Aufschwungs nicht mehr gehalten werden kann.

Nach dem starken Einbruch der Wirtschaft während des Shutdown liegt die österreichische Wirtschaft seit der Jahresmitte 2020 wieder auf Wachstumskurs

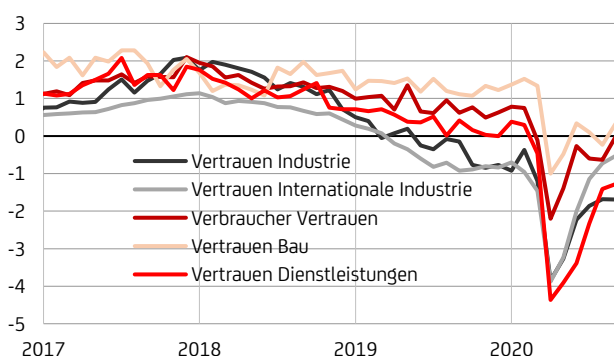
Trotz der Erholung wird die österreichische Wirtschaft auch im 2. Halbjahr 2020 das Vorjahresniveau nicht erreichen; im Gesamtjahr erwarten wir einen Rückgang des BIP um 6,3%

Nach der anfangs typischen V-förmigen Konjunkturerholung nach dem Shutdown wird in weiterer Folge die Erholung eher einem langgezogenen Häkchen gleichen als einem V. Die Erholung sollte sich jedoch fortsetzen, trotz des im Herbst und Winter wieder durch voraussichtlich höhere Infektionszahlen geprägten Umfelds, das partielle bzw. lokale Wirtschaftseinschränkungen notwendig machen dürfte. Das Wirtschaftswachstum im Jahresvergleich wird in der zweiten Hälfte 2020 dennoch negativ sein, wenn auch mit klar abnehmender Tendenz. Da der Einbruch der Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte geringer als ursprünglich erwartet ausgefallen ist, rechnen wir für das Gesamtjahr mit „nur“ noch einem Rückgang des BIP um 6,3%.

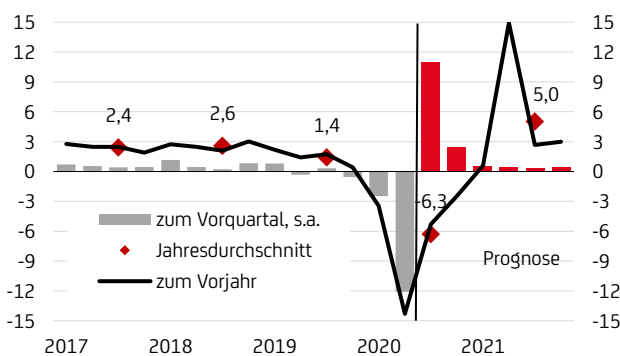
Die Erholung sollte sich im Jahr 2021 fortsetzen. Nach dem anfänglich starken Aufholmoment wird sich das Erholungstempo jedoch weiter einschleifen. Der globale Handel wird voraussichtlich nur zögerlich wieder auf einen soliden Wachstumspfad einschwenken. Politische Unsicherheiten und die wirtschaftlichen Unabwägbarkeiten infolge der andauernden Pandemiegefahr werden viele Teile der österreichischen Industrie daher noch nachhaltig belasten. Die staatlichen Konjunkturprogramme sowohl auf europäischer Ebene als auch in Österreich werden 2021 wichtige Nachfrageimpulse setzen können. Die Investitionen und auch der Konsum werden dadurch gestärkt werden. Trotz eines formal starken Wirtschaftswachstums von 5% 2021 werden die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie weiterhin spürbar sein.

RASCHE ERHOLUNG AUS DEM SHUTDOWN, DOCH DER WEG ZURÜCK ZU ALTER STÄRKE WIRD DAUERN

Konjunkturstimung in Österreich
(standardisiert)



BIP
reale Veränderung in % (Q/Q und J/J)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Nur wenige Branchen können in der Krise profitieren und Zuwächse verzeichnen

Die Mehrzahl der Branchen – vor allem in Dienstleistungssektor – werden 2020 Rekorderlöbungen erleiden

Die Gewinner und Verlierer der „Coronakrise“

Die Pandemie und die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung haben in Österreich zu starken wirtschaftlichen Einbußen geführt. Die nominelle Bruttowertschöpfung ist im ersten Halbjahr 2020 um fast 7% im Vergleich zum Vorjahr eingebrochen. Mit der eingesetzten Erholung erwarten wir zwar eine Verbesserung, mit über 6% wird der Rückgang im Gesamtjahr 2020 aber dennoch weit stärker sein als während der Finanzkrise.

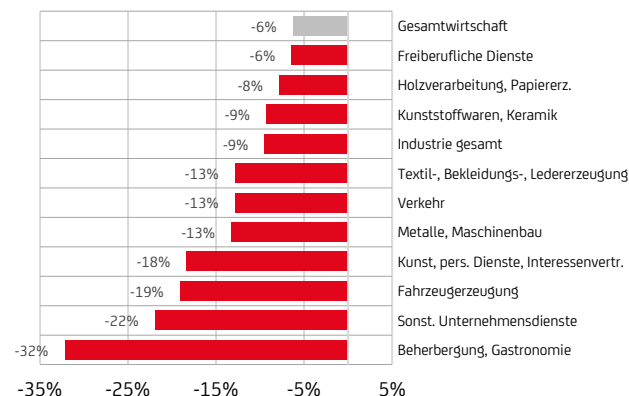
Die Entwicklung wird in den einzelnen Wirtschaftssektoren dabei jedoch sehr unterschiedlich ausfallen. Während wir für die Industrie einen Einbruch um fast 10% im Vergleich zu 2019 erwarten, wird die Bauwirtschaft mit unter 5 Prozent und der Dienstleistungssektor mit knapp unter 6% unterdurchschnittliche Rückgänge verzeichnen.

Die überdurchschnittlich starke Betroffenheit des Produktionssektors konzentriert sich auf relativ wenige Branchen. Die Krise hinterlässt bei den Investitionsgüterbranchen, die eng in internationale Zulieferketten eingebunden sind und den Großteil ihrer Produkte im Export absetzen, tiefe Spuren. Das sind vor allem die Fahrzeugherzeugung, die zudem durch technologisch bedingte Restrukturierungsmaßnahmen belastet wird, der Maschinenbau und zum Teil die Metallerzeugung- und verarbeitung. Sehr hohe Einbußen werden auch kleinere, konsumnahe Branchen erleiden, die Gebrauchsartikel wie Bekleidung und Schuhe oder Druckereierzeugnisse erzeugen. Mit der Pharmaindustrie gibt es in diesem Sektor jedoch auch einen der Gewinner der aktuellen Krise.

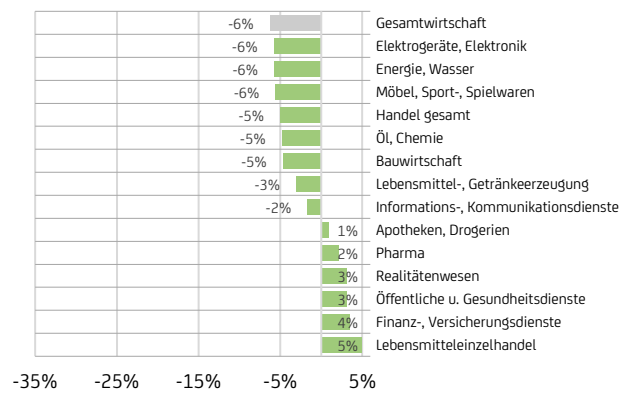
Die relativ geringste Betroffenheit weist die Bauwirtschaft auf, die nach einer sehr kurzen Unterbrechung im Shutdown dank voller Auftragsbücher ihre Kapazitäten rasch wieder in hohem Ausmaß auslasten konnte. Der Dienstleistungssektor wird zwar 2020 auch unterdurchschnittlich starke Einbußen verzeichnen, was jedoch auf den stabilisierenden Einfluss von öffentlichen Diensten und dem Gesundheitssektor zurückzuführen ist. Während einige Handelssparten, wie vor allem der Lebensmitteleinzelhandel sowie das Realitätenwesen und die Finanzdienstleistungen, ein Plus erzielen dürften, werden eine Vielzahl von Dienstleistungsbranchen einen bisher noch nie registrierten wirtschaftlichen Rückschlag erleiden. Besonders betroffen sind jene Bereiche, in denen Unternehmen aufgrund des Shutdown vollständig schließen mussten bzw. Bereiche, die weiterhin unter den Einschränkungen infolge der Pandemie leiden werden. In erster Linie sind das die tourismusnahen Branchen, das Beherbergungs- und Gastgewerbe, die Unternehmensdienstleister und der Bereich Kultur und persönliche Dienstleistungen.

SEHR UNTERSCHIEDLICHE BETROFFENHEIT DER WIRTSCHAFTSSEKTOREN VON DER „CORONAKRISE“ 2020

Überdurchschnittliche Betroffenheit*



Unterdurchschnittliche Betroffenheit*



*Geschätzte Abweichung der nominellen Bruttowertschöpfung 2020 von 2019

Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Historisch hohe Arbeitslosigkeit durch „Coronakrise“ geht nur noch langsam zurück

- Trotz schwächerem Beschäftigungswachstum sank die Arbeitslosenquote 2019 auf durchschnittlich 7,4% (nationale Methode) bzw. 4,5% (Eurostat)
- Die „Coronakrise“ verursachte einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenquote mit einem Höhepunkt im April 2020 von fast 13% trotz des Kurzarbeitsprogramms. Die Verbesserung ab Mai führt zu einer Arbeitslosenquote im ersten Halbjahr von durchschnittlich 10,6% bzw. 5,3% nach Eurostat-Methode
- Wir erwarten eine Arbeitslosenquote von 10% im Jahresdurchschnitt 2020, auch 2021 noch klar über Vorkrisenniveau
- Im Fokus: Wer ist durch die „Coronakrise“ am stärksten betroffen?

„Coronakrise“ stoppt mehrjährigen Verbesserungstrend am Arbeitsmarkt abrupt

Konjunkturverlangsamung bremste 2019 das Beschäftigungswachstum auf 1,5% im Jahresdurchschnitt ein

Vor allem in der Industrie und auch im Dienstleistungssektor wurden 2019 weniger neue Jobs geschaffen

Auch der Rückgang der Arbeitslosenquote fiel 2019 geringer als in den Vorjahren aus

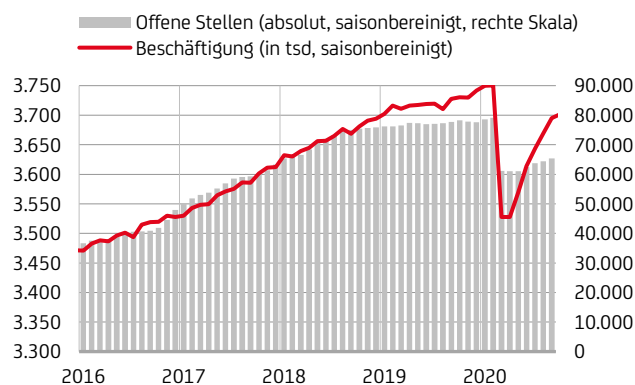
Gutes Wetter und Tourismuserfolge senkten saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Winter erneut

Der 2016 eingesetzte Konjunkturaufschwung hat nach einer Anlaufphase zu einer spürbaren Verbesserung der Lage am heimischen Arbeitsmarkt geführt. Nach dem Höhepunkt im Jahr 2015/16 mit durchschnittlich 9,1% ist die Arbeitslosenquote bis 2019 um immerhin 1,7 Prozentpunkte auf 7,4% im Jahresdurchschnitt gemäß nationaler Berechnung gesunken, wenngleich sich der Verbesserungstrend 2019 bereits deutlich verlangsamt hatte. Nach Eurostat-Berechnung betrug die Arbeitslosenquote 2019 in Österreich 4,5%. Damit lag sie trotz des Rückgangs in den vergangenen Jahren noch immer über dem Wert vor Ausbruch der Finanzkrise (2008: 4,1%). Die dennoch relativ vorteilhafte Lage zeigt sich im europäischen Vergleich. Österreich weist für 2019 eine deutlich unterhalb des EU27- bzw. Eurozonen-Durchschnitts liegende Arbeitslosenquote auf (6,7% bzw. 7,5%) und innerhalb der Eurozone den fünftniedrigsten Wert hinter Deutschland (3,2%), Malta (3,4%), den Niederlanden (3,4%) und Estland (4,4%).

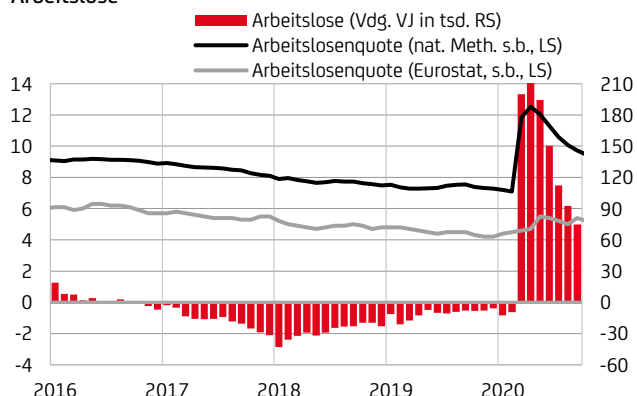
Nach einem weiterhin günstigen Trend am österreichischen Arbeitsmarkt zu Jahresbeginn 2020, unterstützt durch den milden Winter und eine ausgezeichnete Tourismussaison, spannte sich die Lage mit Beginn des Shutdown Mitte März abrupt an. Im April erreichte die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung mit 12,7% saisonbereinigt ein historisches Allzeithoch, trotz eines umfassenden Kurzarbeitsprogramms, in dem bis zu 1,4 Mio. Beschäftigte inkludiert waren. Am bisherigen Höhepunkt der „Coronakrise“ war mit fast 1,9 Mio. Personen rund die Hälfte der österreichischen Arbeitskräfte nicht aktiv. Mit Beginn der Lockerungsmaßnahmen hat sich die Lage am Arbeitsmarkt wieder zu entspannen begonnen. Die nationale Arbeitslosenquote ist bis Mitte des Jahres auf saisonbereinigte 11,4% gesunken und lag im ersten Halbjahr bei durchschnittlich 10,6%. Im ersten Halbjahr betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote nach Eurostat-Methode dagegen nur 5,3%. Während die Registerarbeitslosigkeit nach eingehenden Meldungen am Arbeitsamt ermittelt wird, stellt die Umfragemethode darauf ab, ob innerhalb von zwei Wochen ein Arbeitsantritt erfolgen kann, was infolge von

LANGSAME VERBESSERUNG DER LAGE AM ARBEITSMARKT NACH CORONA-HÖHEPUNKT IM APRIL 2020

Beschäftigung und offene Stellen



Arbeitslose



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Nach günstigem Jahresbeginn wird die Arbeitslosenquote in Österreich im Jahresdurchschnitt 2020 infolge der „Coronakrise“ stark zunehmen

Die erwartete Gegenbewegung der Konjunktur nach COVID-19 sollte 2021 die Arbeitslosigkeit senken

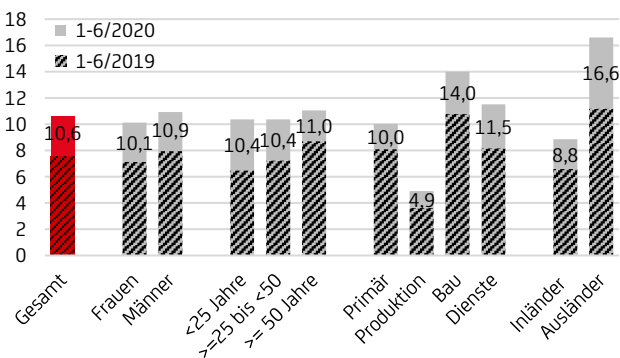
Betreuungspflichten für Kinder, deren Kindergärten oder Schulen teilweise geschlossen waren, mitunter nicht der Fall war. Zudem besteht Arbeitslosigkeit erst nach Unterschreiten einer Mindestbeschäftigung von 4 Stunden pro Monat. Daher hat sich die Arbeitslosenquote nach internationaler Methode erst mit April nach oben bewegt und im Mai den vorläufigen Höhepunkt erreicht, zeigt aber mittlerweile auch eine – wenn auch deutlich langsamere – Verbesserung auf 5,0% saisonbereinigt im August an.

Verbesserungstrend am Arbeitsmarkt verlangsamt sich

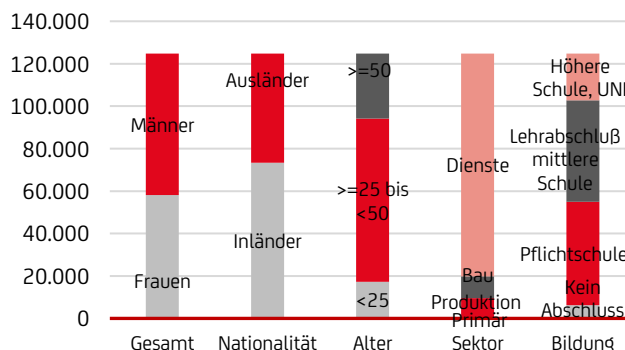
Die zurückhaltende Entwicklung der Nachfrage, die das Erholungstempo der heimischen Wirtschaft beeinträchtigen wird, belastet auch den weiteren Ausblick für den Arbeitsmarkt. Direkt mit den ersten Lockerungsmaßnahmen nach dem Shutdown zeigte sich eine sehr starke Verbesserung am Arbeitsmarkt. Die nationale Arbeitslosenquote sank vom Höhepunkt im April bis Ende September um beachtliche 2,5 Prozentpunkte. Allerdings hat das Tempo der Verbesserung mittlerweile bereits nachgelassen und auch der weitere Rückgang der Arbeitslosenquote wird zäher als bisher ablaufen. Einige Branchen, wie insbesondere die Gastronomie und der Tourismus, sind durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in ihrer Entwicklung weiter behindert. Eine im Jahresvergleich deutlich schwächere Herbst- und Wintersaison wird spürbar geringere Personalkapazitäten erfordern. Auch in vielen anderen Wirtschaftsbereichen wird die schwächelnde in- und ausländische Nachfrage die Auslastung klar unter dem „Normalniveau“ halten. Daher wird für viele Unternehmen aus anderen Dienstleistungsbranchen, aber auch aus dem Industriebereich, das laufende Kurzarbeitsprogramm als Überbrückungsmaßnahme der „Coronakrise“ nicht mehr ausreichen. Viele Unternehmen werden im Herbst mit Personalanpassungen an die veränderte Nachfragelage reagieren, obwohl trotz der Verlängerung der Maßnahmen durch die Regierung das Kurzarbeitsprogramm weiter günstige Rahmenbedingungen für eine Weiterbeschäftigung schaffen würde. Wir gehen daher davon aus, dass sich in den kommenden Monaten die Arbeitslosenquote deutlich langsamer verringern wird als unmittelbar nach der Öffnung der Wirtschaft und bis zum Jahresende 2020 nur noch um nicht ganz einen Prozentpunkt auf knapp unter 9,5 Prozent saisonbereinigt sinken dürfte. Damit ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2020 eine Arbeitslosenquote von 10%, die spürbar über den bisherigen Höchstwerten aus 2015/16 von jeweils 9,1% liegen wird. Für 2021 erwarten wir einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf durchschnittlich 8,8% und damit ein Wert klar über dem Niveau vor Ausbruch der „Coronakrise“.

ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT BESONDERS BEI JUGENDLICHEN, AUSLÄNDERN, AM BAU UND IM DIENSTLEISTUNGSSEKTOR

Arbeitslosenquote (in %)



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen (1-6/2020 gegenüber 1-6/2019)



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, BMAFJ, UniCredit Research

Wer ist/war durch die „Coronakrise“ am stärksten betroffen?

Im ersten Halbjahr 2020 stieg die nationale Arbeitslosenquote in Österreich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres als Folge der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie um 3 Prozentpunkte auf durchschnittlich 10,6%.

Dahinter steht ein Rückgang der Beschäftigung um 2,5% bzw. fast 95.000 Personen im selben Zeitraum. Die Anzahl der Arbeitslosen nahm bedingt durch das wachsende Arbeitskräftepotenzial sogar um durchschnittlich über 40% bzw. fast 125.000 Personen zu. Dieser Anstieg verteilte sich in vielerlei Hinsicht sehr ungleich auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Dabei stehen folgende Entwicklungen besonders deutlich hervor:

Ausländische Arbeitskräfte sind von den Auswirkungen der „Coronakrise“ auf den österreichischen Arbeitsmarkt rund doppelt so stark betroffen wie Inländer. Auf Ausländer, die rund 20% der Beschäftigten in Österreich ausmachen, entfielen mehr als 40% der Steigerung der Anzahl der Arbeitslosen. Damit sind im ersten Halbjahr 2020 nun bereits 35% der Arbeitssuchenden Ausländer. Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist von 11,2% im ersten Halbjahr 2019 auf 18,8% geklettert. Die Arbeitslosenquote bei österreichischen Staatsbürgern stieg von 6,6 auf vergleichsweise geringe 8,8%.

Die hohe Betroffenheit von Ausländern steht in Zusammenhang mit den besonders starken Folgen des Shutdown für Wirtschaftsbranchen, in denen besonders viele Ausländer tätig sind. Dazu zählten unmittelbar der Bau und in weiterer Folge vor allem bestimmte Dienstleistungen, wie vordringlich die Beherbergung und die Gastronomie. Allein 30% des Anstiegs der Anzahl der Arbeitslosen und sogar fast 50% des Beschäftigungsrückgangs im ersten Halbjahr 2020 sind auf die Sparte Beherbergung und Gastronomie zurückzuführen, obwohl in dieser Branche nicht einmal 5% der Beschäftigten in Österreich tätig sind. Die traditionell bereits hohe Arbeitslosenquote in diesem Bereich hat sich im ersten Halbjahr 2020 auf über 30% verdoppelt. Zudem sind auch die Überlassung von Arbeitskräften sowie der Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung Dienstleistungsbranchen, deren hohe Betroffenheit sich zur Jahresmitte noch nicht entscheidend verbessert hat. Dagegen hat sich die Arbeitslosigkeit im Produktionsbereich über die gesamte erste Jahreshälfte nur unterdurchschnittlich stark erhöht. Dies ist jedoch weniger einer besseren Wirtschaftsentwicklung als vielmehr der stärkeren Inanspruchnahme des Kurzarbeitsmodells zu verdanken. Mit fast 500.000 stammt fast ein Drittel der Arbeitnehmer in Kurzarbeit Mitte 2020 aus diesem Bereich.

Da in den besonders stark betroffenen Branchen, wie der Bauwirtschaft, der Beherbergung und Gastronomie sowie in Teilen des Handels, zumeist nur ein vergleichsweise unterdurchschnittliches Qualifikationsniveau vorausgesetzt wird, sind von der „Coronakrise“ Personen mit Pflichtschulabschluss sowie auch Personen mit Lehrabschluss oder mittlerer Schule stärker betroffen als hochqualifizierte Personen, wenn auch der Abschluss einer Universität im ersten Halbjahr 2020 nicht vor einem deutlich gestiegenen Arbeitslosigkeitsrisiko geschützt hat.

Die „Coronakrise“ hat zu einer deutlichen Benachteiligung von jüngeren Menschen am Arbeitsmarkt geführt. Die Jugendarbeitslosigkeit von Personen mit einem Alter von bis 25 Jahren ist am stärksten gestiegen, liegt mit 10,4% im ersten Halbjahr 2020 jedoch weiterhin noch unter dem Gesamtdurchschnitt von 10,6%. Die Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern über 50 Jahren ist zwar am geringsten gestiegen, die Arbeitslosenquote ist mit 11% dennoch weiterhin mit Abstand die höchste aller Altersgruppen.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass jugendliche Ausländer mit eher geringerer Qualifikation vordringlich in Dienstleistungsbranchen, insbesondere in der Beherbergung und Gastronomie, durch die „Coronakrise“ im ersten Halbjahr 2020 die eindeutigen Verlierer des österreichischen Arbeitsmarktes waren.

Starke Inflationsschwankungen im Jahresverlauf 2020 durch Ölpreis sowie Corona-Effekte

- Verlangsamung der Inflation in Österreich 2019 auf durchschnittlich 1,5% hauptsächlich dank Ölpreistrückgang
- Weiterer Ölpreistrückgang und „Coronakrise“ senkten die Teuerung bis Jahresmitte 2020 auf unter 1% im Jahresvergleich
- Höhere Kosten sorgten im zweiten Halbjahr 2020 trotz niedrigem Ölpreis und gedämpfter Nachfrage für Inflation um 1,5%
- Wir erwarten für 2020 eine durchschnittliche Inflation von 1,4%. Mit der konjunkturellen Gegenbewegung wird die Teuerung 2021 auf 1,6% steigen
- EZB könnte Liquiditätsmaßnahmen zur Krisenbewältigung 2021 noch ausweiten, aber die Leitzinsen werden voraussichtlich nicht verändert
- Im Fokus: Immobilienpreisdynamik deutlich über der allgemeinen Inflation

Deutlicher Rückgang der Inflation in der ersten Jahreshälfte 2020

Teuerung betrug im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte erneut 1,5% im Jahresvergleich

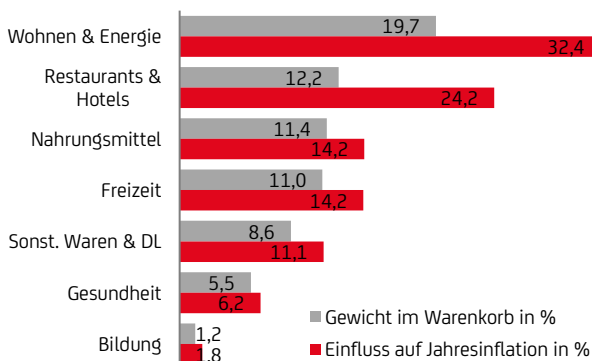
Nach der Verlangsamung der Teuerung 2019 auf 1,5% im Jahresdurchschnitt, lag die Inflation auch in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres bei durchschnittlich 1,5%. Allerdings gab es im Jahresverlauf sehr unterschiedliche Werte, unterlegt mit einem tendenziell rückläufigen Trend vom Jahresbeginn bis zur Jahresmitte. Aufgrund des kurzfristigen Anstiegs der Ölpreise rund um den Jahreswechsel kletterte die Inflation zu Jahresbeginn erstmals seit knapp über einem Jahr wieder über die 2%-Marke. Durch die Verunsicherung rund um die Verbreitung von COVID-19 in China und den folgenden Produktionsausfällen kam es ab Ende Jänner 2020 wieder zu einem Rückgang der Ölpreise. Der niedrigere Ölpreis war in den folgenden Monaten die dominierende Ursache des Inflationsrückgangs, die im Mai bei unter 1% gipfelte. Zudem dämpften auch die durch die „Coronakrise“ bedingte geringere Nachfrage sowie zahlreiche Rabattierungen zur Ankurbelung der Kundenfrequenz während der Lockerung des Shutdown den Preisniveauanstieg im Frühsommer.

Wohnen und Bewirtungsdienstleistungen trieben die Inflation an, der Ölpreis dämpfte

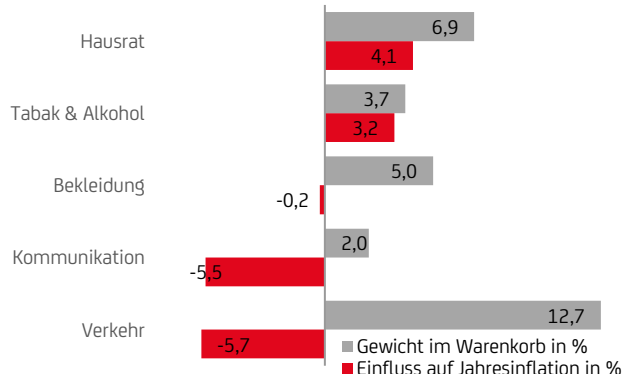
Mit Beginn des zweiten Halbjahres 2020 stieg die Teuerung in Österreich abrupt an. Trotz des gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfalls bedingt durch die Pandemie kam es vor allem in von der Krise besonders betroffenen Bereichen, wie dem Handel, den Bewirtungsdienstleistungen und der Freizeitwirtschaft, kaum zu der von uns erwarteten Inflationsdämpfung. Stattdessen führte die Überwälzung zusätzlicher Kosten etwa durch Hygienemaßnahmen auf die Preise durch die Anbieter im Juli zu einem spürbaren Anstieg der Inflation auf 1,7% im Jahresvergleich und lag im September bei 1,5%. Die Kerninflation in Österreich, ohne Energie und saisonale Lebensmittelpreise, die im Euroraum bei knapp über 1% liegt, stieg in Österreich dadurch erneut auf deutlich über 2% im Jahresvergleich. Mit 1,8% erreichte die harmonisierte Inflationsrate in Österreich im Juli sogar den höchsten Wert im Euroraum und lag im September immer noch bei überdurchschnittlich hohen 1,3%.

INFLATION IM 1. HALBJAHR 2020 ERNEUT VON WOHNEN UND ENERGIE SOWIE BEWIRTUNGSDIENSTLEISTUNGEN GETRIEBEN

Preistreiber 1. Halbjahr 2020



(Relative) Preisdämpfer 1. Halbjahr 2020



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Inflation im Spannungsfeld zwischen einerseits niedrigem Ölpreis und Nachfrageausfall sowie andererseits höheren Kosten durch „Coronakrise“

Moderater Anstieg der Inflation 2021

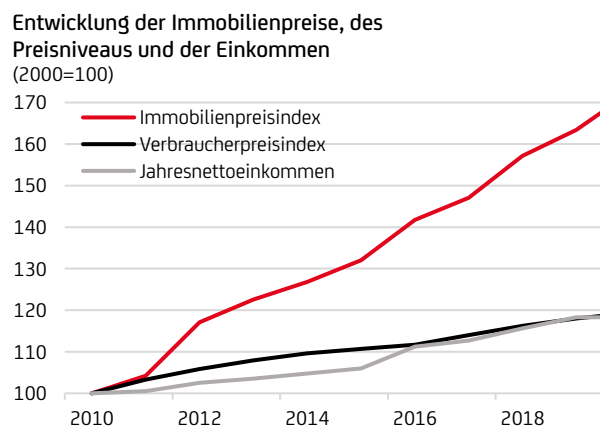
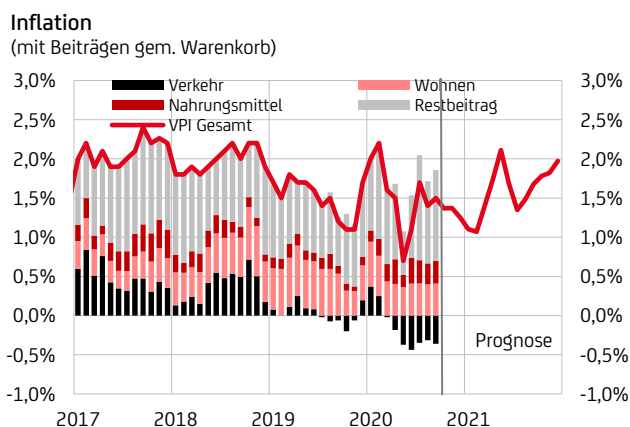
In den kommenden Monaten wird der Preisauftrieb weiterhin durch den Nachfrageausfall und den Ölpreis gedämpft werden. Wir erwarten keine wesentliche Veränderung des aktuell niedrigen Erdölpreises, so dass von diesem bis knapp über den Jahreswechsel 2020/2021 ein anhaltend dämpfender Effekt auf die Inflation in Österreich ausgehen wird. Ab dem Frühjahr 2021 wird dieser jedoch auslaufen. Zudem dürfte die seit 1. Juli 2020 geltende Reduktion der Umsatzsteuer auf vor Ort verzehrte Speisen und Getränke bzw. kulturelle Veranstaltungen auf 5% bis Ende 2021 verlängert werden, was zusätzlichen Preisauftrieb verursachen könnte. Wenn auch die Zulassung eines Impfstoffs im ersten Halbjahr schrittweise zur Normalisierung des öffentlichen Lebens führen könnte, sodass die Konsumnachfrage wieder stärker einsetzen dürfte, wird es noch einige Zeit dauern bis sich die Nachfrage wieder voll entfalten können wird. Auch werden die wirtschaftliche Unsicherheit sowie die nur langsame Entspannung der Lage am Arbeitsmarkt die Nachfrage noch längere Zeit beschränken. Daher wird von der Nachfrageseite zwar 2021 im Vergleich zu 2020 ein stärkerer Druck auf höhere Preise ausgehen. Wir rechnen dennoch für 2021 mit einer nur moderaten Aufwärtsentwicklung der Teuerung auf durchschnittlich 1,6%.

EZB beschloss zusätzliches Wertpapierkaufprogramm und regulatorische Erleichterungen

EZB setzt lockere Geldpolitik fort

Die neue Führung der Europäischen Zentralbank unter Präsidentin Christine Lagarde hat Mitte März bei Einsetzen der „Coronakrise“ in Europa rasch reagiert, um das Funktionieren der Märkte zu sichern. Während die Leitzinsen im Euroraum nicht angetastet wurden und damit der Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsinstrument weiterhin bei 0% und der Einlagenzinssatz unverändert bei minus 0,5% liegt, hat die EZB umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität sowie regulatorische Erleichterungen, wie die Lockerung von Kapitalregeln für die Banken, initiiert. So hat die EZB ein zusätzliches längerfristiges Refinanzierungsgeschäft (TLTRO-III) zur Unterstützung von Kreditvergaben der Banken an Klein- und Mittelbetriebe aufgelegt. Vor allem hat die EZB an die Seite des laufenden Wertpapierkaufprogramms ein neues Notfall-Anleihekaufprogramm (PEPP –pandemic emergency purchase programme) im Umfang von 750 Mrd. Euro gestellt. Angesichts niedriger Inflationserwartungen wurde dieses Programm Anfang Juni um 600 Mrd. Euro aufgestockt. Das hohe Risiko einer weiteren Aufwertung des Euro könnte die EZB zu einer Ausweitung des PEPP - nach unserer Einschätzung – um weitere 500 Mrd. Euro bis Ende 2021 veranlassen. Eine Veränderung der Leitzinsen erwarten wir unter den bestehenden Rahmenbedingungen bis Ende 2021 nicht.

NIEDRIGE INFLATIONSERWARTUNGEN 2020 VOR ALLEM VOM ÖLPREIS GETRIEBEN



Quelle: OeNB, Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Anstieg der Immobilienpreise im ersten Halbjahr 2020 fast dreimal so hoch wie der allgemeine Preisanstieg

Immobilienpreisdynamik deutlich über der allgemeinen Inflation

Neben dem steigenden Wohnraumbedarf und den niedrigen Zinsen hat auch die erhöhte Verunsicherung während der Krise die Nachfrage nach Immobilien unterstützt. Die Preisentwicklung am Immobilienmarkt ist trotz der „Coronakrise“ aufgrund der starken Nachfrage ungebrochen dynamisch. Seit dem Vorjahr haben sich die Preise für Wohnimmobilien in Österreich nach Berechnungen der OeNB um über 4% erhöht und damit seit dem Jahr 2010 sogar um fast 70%. Das allgemeine Preisniveau gemessen am Verbraucherpreisindex ist im ersten Halbjahr 2020 um durchschnittlich nur 1,5% gestiegen und seit dem Jahr 2010 um nicht einmal 20%.

Nach Angaben der Statistik Austria beträgt der durchschnittliche Immobilienpreis in Österreich für Eigentumswohnungen aktuell knapp über 3.200 Euro pro Quadratmeter und für Einfamilienhäuser rund 1.600 Euro pro Quadratmeter. Mit einem österreichischen Jahresdurchschnittsnettoeinkommen von knapp über 23.700 Euro hat ein unselbständig Beschäftigter im Jahr 2019 somit rechnerisch etwa 7,5m² einer Eigentumswohnung bzw. 15m² eines Einfamilienhauses erwerben können. Vor 10 Jahren war ein durchschnittliches österreichisches Jahresnettoeinkommen noch ausreichend für den Kauf von 11m² Eigentumswohnung bzw. 18m² eines Einfamilienhauses. Oder anders ausgedrückt: Für eine Eigentumswohnung von 100m² muss heute ein unselbständig Beschäftigter rund 13,5 Jahresgehälter einsetzen. Das ist um fast ein halbes Jahresgehalt mehr als vor einem Jahr bzw. 4 Jahresgehälter mehr als 2010. Für ein Haus mit einer Wohnfläche von 100m² werden aktuell fast 7 Jahresgehälter benötigt. Vor zehn Jahren waren durchschnittlich nur 5,5 Jahresgehälter zu bezahlen. Im Durchschnitt hat sich demnach der Wert eines Jahresnettoeinkommens gemessen an den Immobilienpreisen seit 2010 um real fast 40% (45% bezogen auf Eigentumswohnungen und 22% bezogen auf Einfamilienhäuser) verringert¹.

¹ Alle Berechnungen beziehen sich auf durchschnittliche Werte und inkludieren keine Unterschiede nach Zustand, Größe und Lage der Immobilie.

„Coronakrise“ verursacht Trendwende in der Fiskalpolitik

- Nach zwei Jahren mit Budgetüberschüssen führt die Bekämpfung der „Coronakrise 2020“ zu einem Rekorddefizit im öffentlichen Haushalt von 10% des BIP
- Das Maßnahmenpaket der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der „Coronakrise“ im Umfang von 50 Mrd. Euro sowie „EU-Next Generation“ im Umfang von 750 Mrd. Euro bieten starke fiskalische Unterstützung
- Wir gehen von einer deutlichen Reduktion des Budgetdefizits 2021 aus, doch die Einhaltung der EU-Fiskalregeln ist außer Reichweite
- Nach starkem Anstieg der öffentlichen Gesamtverschuldung 2020 auf fast 84% des BIP wird der Verschuldungsstand bis Ende 2021 dank hohem Wirtschaftswachstum in Relation zum BIP leicht sinken
- Im Fokus: Deutlicher Verschuldungsanstieg in Österreich ohne Auswirkungen auf die Finanzierungskosten

Zweiter Budgetüberschuss in Folge

Im Jahr 2019 konnte erneut ein Überschuss im gesamtstaatlichen Haushalt erzielt werden, der mit 2,9 Mrd. Euro bzw. 0,7% des BIP sogar etwas höher als im Jahr 2018 ausfiel. Eine disziplinierte Ausgabenpolitik unterstützt durch die niedrigen Zinsen, die zu geringeren Refinanzierungskosten für Schuldenaufnahmen sorgten, und die gute Einnahmenentwicklung in einem weiterhin günstigen Konjunkturmilieu, das vor allem von einem robusten Arbeitsmarkt gekennzeichnet war, ermöglichte in allen Teilsektoren - und damit erstmals auch im Bund - einen zumindest leichten Gebarungüberschuss.

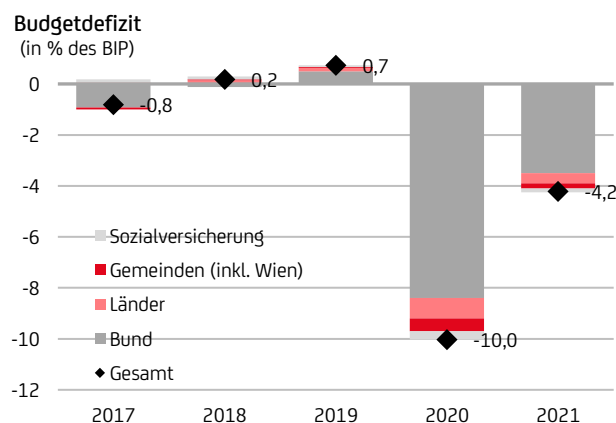
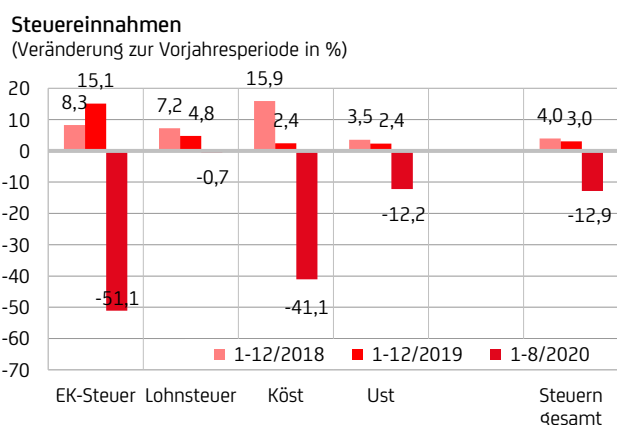
Nach einem erstmaligen Budgetüberschuss 2018 endete das Haushaltsjahr 2019 sogar mit einem Plus von 0,7% des BIP

Wirtschaftseinbruch und Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der „Coronakrise“ verursachen starke fiskalische Verwerfungen

Die österreichische Bundesregierung hat seit dem Ausbruch der „Coronakrise“ ein Hilfs- und Konjunkturpaket von insgesamt rund 50 Mrd. Euro bzw. 12,5% des BIP (inkl. Haftungen) zusammengestellt. Das Corona-Hilfspaket zur Abfederung der negativen wirtschaftlichen Folgen enthält vor allem umfangreiche Transferleistungen, wie Gelder aus dem Härtefallfonds, Fixkostenzuschüsse und die Unterstützung der Kurzarbeit, sowie einige steuerliche Begünstigungen. Das Konjunkturpaket, das im Juni 2020 von der Regierung beschlossen wurde, sieht weitere Transfers und Subventionen vor, wie eine Einmalzahlung für Arbeitslose, einen Kinderbonus und die Ausweitung und Verlängerung des Fixkostenzuschusses. Darüber hinaus enthält das Paket einige Entlastungsmaßnahmen, wie die Möglichkeit eines Verlustvortrags, die Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes auf 5% bis Ende 2020 für die Gastronomie und den vorgezogenen ersten Teil der Einkommenssteuerreform in Form der Absenkung des Eingangsteuersatzes von 25 auf 20% sowie vor allem Maßnahmen zur Förderung von Investitionen. Die Vielzahl an Maßnahmen macht die genaue Beurteilung der Auswirkungen für den österreichi-

Hilfs- und Konjunkturpaket im Umfang von 50 Mrd. Euro im Einsatz gegen die Folgen der Pandemie

MASSIVE EINNAHMENAUSFÄLLE UND ZUSÄTZLICHE AUSGABEN TREIBEN BUDGETDEFIZIT 2020 AUF REKORDHÖHE

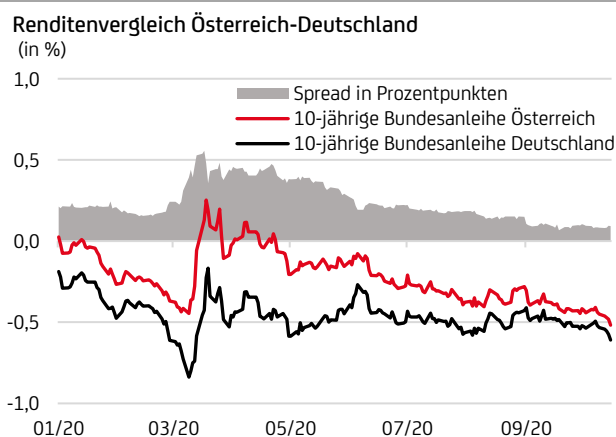
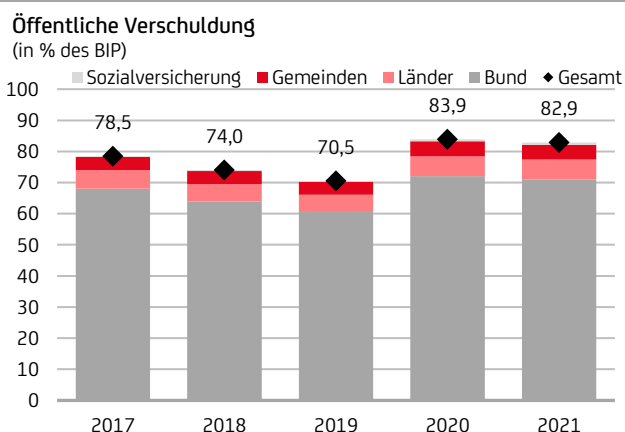


Quelle: BMF, Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

schen Haushalt schwierig. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 sind die Steuereinnahmen jedenfalls um über 12% geringer als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Wir gehen davon aus, dass sich die Einnahmefälle sowie die zusätzlichen Ausgaben zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie sowie zur Stärkung der Konjunktur in einem Budgetdefizit von fast 40 Mrd. Euro bzw. 10% des BIP im Jahr 2020 niederschlagen werden. Damit wird die öffentliche Gesamtverschuldung nach vier Jahren erstmals wieder ansteigen und zwar deutlich von 70,3% des BIP 2019 auf fast 84% des BIP Ende 2020. Der bisherige Höchststand aus dem Jahre 2015 von 84,9% des BIP sollte somit nicht erreicht werden.

Im Jahr 2021 sollte sich die Neuverschuldung im Schlepptau der konjunkturellen Erholung und aufgrund des Auslaufens der zahlreichen Transfers bzw. der temporären Steuerermäßigung spürbar reduzieren. Zudem gehen wir davon aus, dass die Regierung von der ursprünglich angekündigten Reform der Lohn- und Einkommensteuer – abgesehen von der bereits erfolgten Verringerung des untersten Grenzsteuersatzes von 25 auf 20% - vorerst Abstand nehmen wird. Dennoch wird das Budgetdefizit mit zumindest über 4% des BIP den EU-Fiskalregeln nicht entsprechen. Aufgrund des von uns erwarteten hohen Wirtschaftswachstums wird der öffentliche Schuldenstand zwar in absoluten Zahlen weiter ansteigen, doch in Relation zur Wirtschaftsleistung wieder leicht sinkende Tendenz aufweisen.

STARKER ANSTIEG DER GESAMTVERSCHULDUNG OHNE AUSWIRKUNGEN AUF FINANZIERUNGSKRAFT DER REPUBLIK



Quelle: BMF, Statistik Austria, Eurostat, Refinitiv Datastream, UniCredit Research

Die günstigeren Finanzierungsbedingungen werden trotz eines deutlichen Anstiegs des öffentlichen Verschuldungsgrades 2020 und 2021 den Zinsaufwand nicht ansteigen lassen

Deutlicher Verschuldungsanstieg in Österreich ohne Auswirkungen auf die Finanzierungskosten

Im Zuge der „Coronakrise“ sind umfassende Maßnahmen zur Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen der Krise insbesondere zur Stützung der Einkommen und in weiterer Folge zur Wiederbelebung der Konjunktur getroffen worden. In Österreich wird die expansive Fiskalpolitik zu einem Budgetdefizit von rund 10% des BIP im Jahr 2020 und voraussichtlich zu einem erneuten Budgetabgang von über 4% im Folgejahr 2021 führen. Damit wird sich die Gesamtverschuldung Österreichs, die Ende 2019 auf 280 Mrd. Euro bzw. knapp 70% des BIP gesunken war, bis Ende 2020 auf fast 320 Mrd. Euro bzw. 84% des BIP erhöhen. Ende 2021 wird sie nach unserer Einschätzung bereits 335 Mrd. Euro betragen.

Trotz der starken Ausweitung der Verschuldungsaufnahme liegt der Zinssatz für österreichische Staatsanleihen Mitte Oktober 2020 mit minus 0,5% sogar tiefer als zu Jahresbeginn. Mit dem Ausbruch der „Coronakrise“ und der Verhängung des Shutdown kam es auf den Finanzmärkten zu einer steigenden Risikoaversion, die sich in steigenden Renditen in Europa generell ausdrückte und die Spreads zum sicheren europäischen Hafen Deutschland ansteigen ließ. Auch der Risikoaufschlag für die 10-jährige österreichische Bundesanleihe stieg von rund 20 Basispunkten vor Ausbruch der Krise auf mehr als 50 Basispunkte zu Beginn des

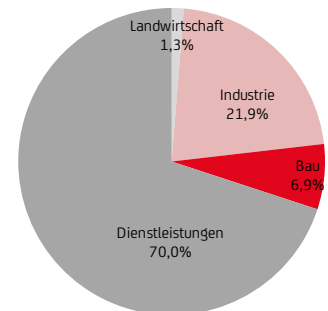
Shutdown. Unterstützt durch die rasche geldpolitische Reaktion der EZB sanken die Renditen in Europa und die Spreads zur deutschen Benchmark rasch. Mitte September lag der Spread für die 10-jährige österreichische Bundesanleihe zum deutschen Pendant zum Teil sogar unter 10 Basispunkten.

Angesichts der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen hat die expansive Fiskalpolitik, die 2020 ein Nettofinanzierungsvolumen von mehr als 25 Mrd. Euro erfordert, keine negativen Auswirkungen auf die Höhe des österreichischen Schuldendienstes, der rund 4 Mrd. Euro betragen wird. Der durchschnittliche Zinssatz für die Staatsschulden (Zinsdienst in Prozent der Gesamtverschuldung), der während der Finanzkrise fast 4% erreichte, wird 2020 und 2021 bei nur rund 1,7% liegen.

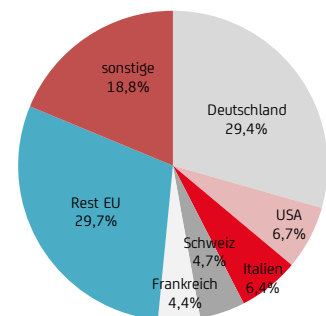
Standort Österreich im Überblick

Strukturindikatoren	2019	
Fläche (in km ²)	83.879	
Einwohner (in Mio.)	8,8	
Präsident	Dr. Alexander van der Bellen	
Bundeskanzler	Sebastian Kurz	
Rating (Moody's/S&P/Fitch)	Aa1/AA+/AA+	
Wirtschaftsleistung		
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. EUR)	397,6	
BIP pro Kopf (in EUR)	44.784	
BIP pro Erwerbstätigen (in EUR)	87.557	
BIP pro Kopf (in % des EU27-Durchschnitts, KKS)	128,0	
Bruttoinlandsprodukt (reale Vrdg. zum Vorjahr in %)	1,4	1,9 (Ø 2015-2019)
Arbeitskräftepotenzial (in 1000)	4.099	
Unselbständig Beschäftigte (in 1000)	3.797	3.663 (Ø 2015-2019)
Beschäftigtenquote (in %)	43,0	
Anzahl an Arbeitssuchenden (in 1000)	301	333 (Ø 2015-2019)
Vakanzquote (in %)	1,9	
Monatseinkommen pro Arbeitnehmer (brutto, in EUR)	3.696	
Internationale Wettbewerbsfähigkeit		
	<i>Ranking</i>	<i>Tendenz</i>
IMD-World Competitiveness Index	16	↗
IMD Wirtschaftliche Entwicklung	15	↗
IMD Effizienz der Regierung	25	↗
IMD Wirtschaftliche Effizienz der Unternehmen	16	↗
IMD Infrastrukturqualität	10	↗
WEF Global Competitiveness Index	21	↗
WEF Inclusive Development Index	10	↔
Transparency International Korruptionswahrnehmungsindex	12	↗
Europäisches Innovationsscoreboard	8	↗
Wirtschaftsleistung		
Forschungsquote (F&E-Ausgaben in % des BIP)	3,2	
Investitionsquote (Investitionen in % des BIP)	24,7	
Abgabenquote (Steuern und Abgaben in % des BIP)	43,0	
Warenexporte (in Mrd. EUR)	153,5	3,8 (Ø 2015-2019)
Exportquote (in % des BIP)	38,6	38,2 (Ø 2015-2019)
Warenimporte (in Mrd. EUR)	157,8	4,0 (Ø 2015-2019)
Importquote (in % des BIP)	39,7	39,3 (Ø 2015-2019)
Ausländische Direktinvestitionen (aktiv, in Mrd. EUR)	6,2	7,0 (Ø 2015-2019)
Ausländische Direktinvestitionen (aktiv in % des BIP)	1,6	
Ausländische Direktinvestitionen (passiv, in Mrd. EUR)	0,9	4,0 (Ø 2015-2019)
Ausländische Direktinvestitionen (passiv, in % des BIP)	0,2	

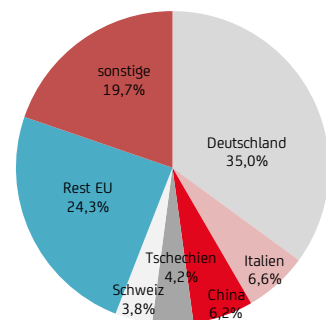
BIP nach Sektoren 2019



Wichtigste Exportmärkte 2019



Wichtigste Importmärkte 2019



Regionale Wirtschaft 2019	Fläche (in km ²)	BIP (reale Vrdg. zum VJ in %)	(Ø 2015-2019)	BIP/Kopf (in EUR)	BIP (in % von Österreich)	Arbeitslosenquote in %
Burgenland	3.962	1,1	1,72	31.530	2,3	7,3
Kärnten	9.538	1,2	1,70	38.230	5,4	8,8
Niederösterreich	19.186	1,2	2,08	37.433	15,8	7,5
Oberösterreich	11.980	1,5	1,90	45.883	17,1	4,8
Salzburg	7.156	1,8	2,30	54.147	7,5	6,0
Steiermark	16.401	2,0	2,22	41.349	12,9	4,6
Tirol	12.640	1,6	1,96	47.505	9,0	4,5
Vorarlberg	2.601	1,4	2,20	49.931	4,9	5,3
Wien	415	1,8	1,68	52.621	25,1	11,7

Quelle: Statistik Austria, OeNB, IMD, TI, WEF, EU-Kommission, UniCredit Research

Zum Weiterlesen:

UniCredit Bank Austria Homepage: Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

Bank Austria Economic News: Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Registrieren Sie sich bitte unter <https://nl-reg.bankaustria.at/nl/registration?m=eco-de>

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum:

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG
1020 Wien, Rothschildplatz 2
Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Robert Zadrazil, Günter Schubert, Gregor Hofstätter-Pobst, Jürgen Kullnigg, Mauro Maschio, Susanne Wendler.

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Gianfranco Bisagni, Ranieri De Marchis, Livia Aliberti Amidani, Christine Buchinger, Olivier Khayat, Adolf Lehner, Aurelio Macchario, Mario Pramendorfer, Eveline Steinberger-Kern, Ernst Theimer, Karin Wisak-Gradinger.

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link <https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.) Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.